

<b>Städtische Deputation für Kultur</b>			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015-2019			
<b>Protokoll der Sitzung am 30.08.2016</b>			
Sitzungstag: Dienstag	Sitzungsbeginn: 15:10 Uhr	Sitzungsende: 16:46 Uhr	Sitzungsort: Galerie, Hochschule für Künste

Teilnehmer/innen siehe anliegende Anwesenheitsliste.

### **Tagesordnung:**

TOP 1:	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2:	Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung	
TOP 3:	Produktgruppecontrolling 2.Quartal 2016	Vorlage 44
TOP 4:	Geschäftsordnung der Deputation für Kultur	Vorlage 45
TOP 5:	Beteiligungscontrolling 2. Quartal 2016	Vorlage 46
TOP 6:	Vorstellung der Verbände und Kommentierung des Projektmittelvergabeverfahrens 2016	
a.	Stadtkultur Bremen e.V.	
b.	LAFDK – Landesverband freie darstellende Künste	
c.	BBK – Bremer Verband bildender Künstlerinnen und Künstler	
d.	Künstlerinnenverband Bremen – GEDOK	
TOP 7:	Verschiedenes	
	a. Aktuelles aus der Kulturszene	

Die Vorsitzende der städtischen Deputation für Kultur, Frau Strunge, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

#### **TOP 1: Genehmigung der Tagesordnung**

Die Deputation für Kultur stimmt der Tagesordnung zu.

#### **TOP 2: Kenntnisnahme des Protokolls der letzten Sitzung**

Die Deputation nimmt das Protokoll der Sitzung vom 07.06.2016 zur Kenntnis.

#### **TOP 3: Produktgruppencontrolling 2. Quartal 2016\*)**

Siehe staatlich

#### **TOP 4: Geschäftsordnung der Deputation für Kultur\*)**

Siehe staatlich

## **TOP 5: Beteiligungscontrolling 2. Quartal 2016**

Frau Strunge übergibt das Wort an Herrn Kindscher und bittet um Erläuterung der Vorlage.

Herr Kindscher erläutert, dass bei den Eigenbetrieben, den Museumsstiftungen, den Theatern und Orchestern durchweg positive Ergebnisse zu vermelden sind. Es wird deutlich, dass auf der einen Seite die Planzahlen eingehalten werden und auf der anderen Seite sogar Überschüsse prognostiziert werden können.

Bezugnehmend auf die unterschiedlichen Entwicklungen im Bereich der Besucherzahlen und Veranstaltungen verweist Herr Kindscher auf die Angaben im Produktgruppencontrolling.

Die Deputation für Kultur nimmt die Vorlage zum Eigenbetriebs-, Stiftungs- und Beteiligungscontrolling zum 30. Juni 2016 zur Kenntnis.

## **TOP 6: Vorstellung der Verbände und Kommentierung des Projektmittelvergabeverfahrens 2016**

Frau Strunge übergibt das Wort an Frau Staatsrätin Emigholz.

Frau Staatsrätin Emigholz erinnert an die Vorlage Nr.42 zum Projektmittelverfahren mit dem Vorschlag, bis zum Ende des Jahres 2016 eine Ausreichung der Projektmittel 2017 vorzunehmen. Es ist allerdings noch offen, in welcher Weise das gegenwärtige Verfahren weiterentwickelt wird.

Frau Staatsrätin Emigholz kündigt an, dass auf der am 8. September 2016 stattfindenden ganztägigen Klausur gemeinsam mit den Kulturakteuren das jetzige Verfahren erörtert und überarbeitet werden soll. Um eine aktive Beteiligung der Deputation für Kultur zu ermöglichen, schlägt Frau Staatsrätin Emigholz vor, dass jeweils eine Vertreterin/ein Vertreter der in der Deputation vertretenen Fraktionen an der Klausur teilnimmt.

Die aus der Klausur gewonnenen Ergebnisse sollen dann als Grundlage für die weitere Verfeinerung des Projektmittelverfahrens genutzt werden.

Zudem informiert Frau Staatsrätin Emigholz, dass in Gesprächen mit Kulturakteuren eine Strategie entwickelt wurde, wie der freien Szene unterstützend geholfen werden kann.

Die hieraus entwickelte Idee eines freiwilligen Solidarpaktes, für dessen Umsetzung das Haushaltsrecht gilt, wird auf der kommenden Sitzung der Deputation für Kultur am 25.10.2016 schriftlich vorgelegt. Frau Staatsrätin Emigholz bedankt sich in diesem Zusammenhang bei den Einrichtungen für die Resonanz und Hilfsbereitschaft.

Frau Strunge ist über die Entwicklung erfreut und lobt das Engagement der großen Institutionen, dennoch wird der Solidarpakt aus Sicht der Linksfraktion kritisch betrachtet, da es zu Abhängigkeiten zwischen den großen Institutionen und der Freien Szene führen kann. Es muss daher die Frage geklärt werden, ob ein Solidarpakt negative Auswirkungen mit sich bringt.

Herr Rohmeyer sieht in dem Solidarpakt keine eigene nachhaltige Finanzierung des Kulturbereichs und merkt an, dass die Finanzierung von möglichen Überschüssen der helfenden Einrichtungen abhängig ist. Aus Sicht der CDU Fraktion ist eine nachhaltige Finanzierung der tatsächlich Freien Szene wichtig.

Aus Sicht von Frau Dr. Kappert-Gonther wird durch Kooperation statt Konkurrenz der Grundgedanke gefestigt, künstlerisch gemeinsam etwas zu entwickeln und Kultur und Kunst in Bremen sichtbar zu machen. Insbesondere die Verknüpfung der künstlerischen Positionen von verschiedenen Grundausrichtungen ist hierbei hervorzuheben.

Herr Drechsel informiert, dass die FDP den Solidarpakt grundsätzlich befürwortet. Dies könne nämlich bedeuten, dass nach dem Prinzip der Verlässlichkeit die institutionellen Einrichtungen feste Gelder erhalten, die sie im Rahmen des Solidarpaktes dazu verpflichten, diejenigen, die nicht institutionell gefördert werden, eine Gegenleistung anzubieten. Herr Drechsel hofft, dass die Deputation für Kultur an der weiteren Ausgestaltung beteiligt wird.

Herr Bolayela lobt die Idee des Solidarpaktes. Er sieht es jedoch kritisch, wenn die Deputation für Kultur beim Solidarpakt rein wirtschaftliche Aspekte in den Vordergrund stellt. Aus Sicht der SPD ist es wichtig, die Vernetzung zwischen Institutionen und Künstlerinnen und Künstlern zu fokussieren.

Frau Staatsrätin Emigholz ergänzt, dass dem für das Jahr 2017 angekündigten Kulturförderbericht ein Konzept für die Freie Szene vorgeschaltet wird. Die bis dato gesammelten Erfahrungen mit dem Solidarpakt sollen in die weiteren Verfahren zur Förderung der Freien Szene einfließen. Bei der gegenwärtigen Lösung handelt es sich fürs Erste um eine Hilfemaßnahme in schwierigen Zeiten und nicht um ein dauerhaftes System. Frau Staatsrätin Emigholz befürwortet den Vorschlag von Herrn Drechsel, gemeinsam mit der Deputation für Kultur das Verfahren zu erarbeiten.

#### **a. Stadtkultur Bremen e.V.**

Frau Strunge übergibt das Wort an Frau Heitmann, Vorstandsmitglied Stadtkultur Bremen e.V./Theaterleitung bremer shakespeare company, und Herrn Züghart, Vorstandsmitglied der Bundesvereinigung Soziokultureller Zentren e.V.

Frau Heitmann dankt für die Einladung und informiert über die aktuelle Mitgliederzahl und benennt einige Mitglieder sowie den Vorstand von Stadtkultur Bremen e.V. Des Weiteren geht Frau Heitmann auf die historische Entwicklung ein und berichtet, dass Stadtkultur seit 2010 besteht. Fast alle freien Kultureinrichtungen der Stadt Bremen sind in dem Verein organisiert.

Zusätzlich zur Netzwerkarbeit veranstaltet Stadtkultur u.a. politische Veranstaltungen und bietet Fortbildungen im Bereich der kulturellen Bildung an. Zudem werden auch eigene Projekte realisiert, wie das Projekt „Sehnsucht Europa“, welches in Kooperation mit step-text und der bremer shakespeare company entwickelt wurde.

Herr Züghart erläutert, dass es mittlerweile in 14 Bundesländern analoge Organisationen gibt, und geht auf deren einzelne Tätigkeitsbereiche ein, wie der Verwaltung und Förderung des großen Förderprogramms „Jugend ins Zentrum“.

Herr Züghart merkt abschließend an, dass es in zwei Bundesländern, und zwar in Bayern und Bremen, keine Grundbedarfsförderung gibt. Er macht sich um die finanzielle Situation Sorgen und betont, dass Kontinuität und Verlässlichkeit wichtig sind.

Frau Strunge dankt im Namen der Deputation für Kultur Stadtkultur e.V. für die Vorstellung.

#### **b. LAFDK Landesverband freie darstellende Künste**

Frau Strunge übergibt das Wort an die Vorstandsmitglieder Frau Keiper, Herrn König und Herrn Pflug.

Frau Keiper bedankt sich im Namen des Landesverbandes für die Einladung und führt kurz aus, dass es den Verband mit bundesweiten Vernetzungen seit 2014 gibt.

Herr Pflug ergänzt, das Ziel des Verbandes ist es, die Interessen der frei schaffenden und nicht institutionell geförderten professionellen Künstlerinnen und Künstler zu bündeln und

nach innen und außen zu vertreten. Der Landesverband ist seit einem Jahr Mitglied im Bundesverband freie darstellende Künste und verfügt derzeit über 71 Mitglieder. Er kritisiert, dass Quantität und Qualität der Leistung der freien Theater- und Tanzschaffenden in Bremen in einem ungleichen Verhältnis zwischen der Außenwahrnehmung und den tatsächlichen Förderstrukturen und Förderinstrumenten stehen. Der Verband ist überzeugt, dass die vorhandenen Ressourcen gewinnbringender eingesetzt werden können. Eine zentrale Aufgabe des Verbandes ist es, die Verbesserung von Infrastrukturen, das Verknüpfen und Vernetzen von vorhandenem Kulturgut und die Entwicklung neuer Förderstrukturen und -instrumente zu fördern. Ferner sei es wichtig, in der Öffentlichkeit für einen hohen Stellenwert von Kunst und Kultur zu sorgen.

Herr König informiert über den Workshop „Bremen wird Projektstadt“ Die Idee dahinter war, zu schauen, wie Bremen kulturell weiterentwickelt werden kann. Es ging dezidiert darum, den Fokus auf die Kompetenzen der Künstlerinnen und Künstler zu legen. Herr König gibt bekannt, dass am 22. September 2016 in der Schaulust eine Fortsetzung des Workshops „Bremen wird Projektstadt“ stattfindet.

Herr König greift die Bremer Festspiele auf und erläutert, dass es sich um ein Label handelt, unter dem die professionelle künstlerische Arbeit vermarktet wird. Unter diesem Label können ganzjährig verschiedene Projekte und Kooperationen veranstaltet werden. Dies ist eine Möglichkeit, Bremen auch über die Stadtgrenzen hinaus sichtbar zu machen.

Herr Dr. Hodonyi fragt, ob die Idee der Festspiele in anderen Landesverbänden auch thematisiert wird oder es sich hierbei originär um eine Idee des Bremer Landesverbandes handelt.

Herr Pflug antwortet, dass es sich bei den Festspielen um keinen bundesweiten Vorstoß handelt, die Idee jedoch beim Bundesverband vorgeschlagen und besprochen wurde.

Herr Drechsel fragt, wieviel Prozent der professionellen Künstlerinnen und Künstlern von den 71 Mitgliedern abgedeckt werden. Herr König antwortet, dass es zirka 80 Prozent sind.

Frau Strunge bedankt sich im Namen der Deputation für Kultur bei den Vorstandsmitgliedern Frau Keiper, Herrn Pflug und Herrn König für die Vorstellung.

### **c. BBK - Bremer Verband bildender Künstlerinnen und Künstler**

Frau Strunge übergibt das Wort an die Vorstandsmitglieder Frau Weinberger und Herrn Zach.

Frau Weinberger berichtet über die Entstehung des Bundesverbands im Jahr 1972 und erläutert, dass es sich bei dem Verband um eine Plattform handelt, die sich für die berufsspezifischen Interessen aller bildenden Künstlerinnen und Künstler einsetzt. Der Bundesverband des BBK agiert als Dachverband, ihm untergeordnet agieren die Landesverbände, zu denen auch der BBK gehört. Mitglied kann jeder werden, wer professionell arbeitet und/ oder einen Hochschulabschluss im Bereich der bildenden Künste hat.

Der Verband setzt sich ein für den Versicherungsschutz, für die Vertretung der Nutzungsrechte, Verbesserung des Urheberrechts und Beteiligung von Künstlerinnen und Künstlern bei Baumaßnahmen der öffentlichen Hand. Zudem ist der BBK bundesweit am Ausbau der kulturellen Bildung beteiligt.

In Bremen unterstützt der BBK unter anderem in berufsspezifischen Fragen der freien bildenden Künste. Der BBK arbeitet mit Kunstinstitutionen, Galerien und dem Kulturressort zusammen. Mit den Kooperationspartnern setzen sie sich für Stipendien, für Projektvorgaben und für den überregionalen und internationalen Kulturaustausch mit Partnerstädten

und Nachwuchsförderung ein.

Darüber hinaus ist der BBK in Fach- und Vergabejurs vertreten und berät bei Fragen von Kunst im öffentlichen Raum.

Frau Weinberger geht im weiteren Verlauf auf die Öffentlichkeitsarbeit ein und benennt in diesem Zusammenhang den Kunstfrühling und die Jahresausstellungen.

Auf das gegenwärtige Projektmittelverfahren bezogen regt Herr Zach an, das im Bereich der bildenden Kunst seit Jahrzehnten eingeführte Juryverfahren auf weitere Sparten auszuweiten.

Frau Strunge bedankt sich im Namen der Deputation für Kultur bei Frau Weinberger und Herrn Zach für die Erläuterungen.

#### **d. Künstlerinnenverband Bremen - GEDOK**

Frau Strunge übergibt das Wort an Frau Habel, Geschäftsführerin des Künstlerinnenverbands Bremen, GEDOK.

Frau Habel berichtet, dass die GEDOK seit 1926 besteht. Nachdem sich der Verband in den 60er Jahren aufgelöst hatte, gibt es den Verband wieder seit 1984. Seit 1996 ist es der Künstlerinnenverband Bremen, GEDOK, der auch Mitglied im Bundesverband ist. Aktuell hat die GEDOK 108 weibliche Mitglieder aus bildender Kunst, Multimedia, Performance, Fotografie, Musik und Wissenschaft.

Der Vorstand besteht aus vier Mitgliedern. Zusätzlich gibt es einen Fachbeirat, der sich aus 14 Künstlerinnen und Wissenschaftlerinnen zusammensetzt. Der Fachbeirat berät den Vorstand bei Projekten und Neuaufnahmen von professionell arbeitenden Künstlerinnen.

Das Ziel des Verbandes ist es, gegen die Unterrepräsentanz von Künstlerinnen im Kunstbetrieb zu reduzieren. Hierzu wird gezielt mit Förderungen wie Reisestipendien, Katalogförderungen, aber auch bei der Akquise von Drittmittel unterstützt. Durch die Arbeit der GEDOK konnten weltweite Vorhaben realisiert werden. Ein weiteres Ziel der GEDOK ist die Förderung der Vernetzung von Künstlerinnen.

Neben der Förderung von Projekten, führt die GEDOK auch eigene Projekte durch.

Darüber hinaus ist die GEDOK Mitglied in einer Arbeitsgruppe, die sich aus dem BBK, dem Künstlerhaus am Deich und der Hochschule für Künste zusammensetzt.

Frau Strunge möchte wissen, ob in den letzten Jahren eine Veränderung in der Repräsentanz von Künstlerinnen festgestellt wurde.

Frau Habel antwortet, dass einige Ziele schon erreicht worden sind, in Bereichen der professionellen Arbeit von Künstlerinnen dennoch durchaus Optimierungsbedarf besteht.

Herr Bolayela fragt, wie die Künstlerinnen international gefördert werden.

Frau Habel antwortet, dass in dem Jahresetat der GEDOK eine bestimmte Summe an Fördergeldern zur Verfügung steht, auf die sich die Künstlerinnen bewerben können. Im Nachgang entscheidet der Fachbeirat, wer gefördert wird.

Herr Dr. Hodonyi fragt, ob aus Sicht der GEDOK in Bremen bei der Mittelvergabe im Bereich der geschlechtergerechten Kunst- und Kulturförderung eine gute Balance herrscht.

Frau Habel antwortet, dass in Bremen ein gutes Gleichgewicht besteht.

Im Hinblick auf das Projektmittelverfahren unterstreicht Frau Habel, dass das Juryverfahren auch für die anderen Sparten ausgeweitet werden sollte.

Frau Strunge bedankt sich im Namen der Deputation bei Frau Habel für die Ausführungen.

## **TOP 7: Verschiedenes**

Herr Rohmeyer erinnert, dass direkt nach der Projektmittelvergabe aus bestimmten Sparten viel Unmut zu hören war und dass hinsichtlich der Projektmittelvergabe noch Handlungsbedarf besteht. Er befürwortet das Aufbrechen des Verfahrens und die Entscheidung, dass es keine parteipolitischen Setzungen mehr gibt. Zudem ist die Rolle des Ressorts klar definiert, indem die Verwaltung zwar eine fachliche Stellungnahme, aber keine Empfehlungen abgibt.

Frau Staatsrätin Emigholz merkt an, dass das Ressort die Vorschlagsliste in Abstimmung mit den Fachreferaten erstellt. Sie betont, dass sich die Verwaltung große Mühe gibt, unter Beachtung der Haushaltskriterien nach fachlichen Gesichtspunkten zu gewichten. Die Entscheidung, keine parteipolitischen Setzungen vorzunehmen, ist von den Abgeordneten getroffen worden.

Frau Strunge findet die Entscheidung ebenfalls sinnvoll, keine parteipolitischen Setzungen mehr vorzunehmen. Sie führt aus, dass sich die kulturpolitischen Sprecherinnen und Sprecher im nächsten Schritt verständigen sollten, wie das Verfahren weiterentwickelt wird und ob für die verschiedenen Sparten Jurys eingesetzt werden sollen. In diesem Rahmen sollte die Rolle des Kulturressorts noch mal erläutert werden. Frau Strunge weist darauf hin, dass es viel Expertise in der Kulturszene gibt und es wäre vorteilhaft diese Expertise zu nutzen. Zudem möchte sie noch darauf hindeuten, dass es wichtig ist, dass die Projektmittel für die tatsächlich Freie Szene verwendet werden.

Herr Gottschalk bittet zu berücksichtigen, unter welchen Voraussetzungen das Verfahren neu entwickelt wird und dass es Zeit bedarf, ein solches Verfahren zu evaluieren. An Frau Strunge gerichtet bittet er, das Thema Projektmittelverfahren künftig nicht immer wieder in allgemein anklagender Form zu thematisieren, sondern konkrete Kritikpunkte zu benennen.

Frau Strunge greift die Aussage von Herrn Gottschalk auf und weist darauf hin, dass sich die Kritik am bisherigen Verfahren unter anderem darauf bezogen hat, dass Projektanträge nur in Papierform in der Kulturbehörde vorhanden sind und dem Projektmittelausschuss nicht digital zugesandt werden. Des Weiteren hat sie die Information erreicht, dass der Ausschuss sich dem fachlichen Rat der Verwaltung in Gänze angeschlossen hat, so dass die Frage aufkommt, welche Aufgabe der Ausschuss tatsächlich übernimmt und ob dieser wirklich unabhängig entscheidet.

Frau Rosenkötter betont, dass seitens der Kulturbehörde stets die Möglichkeit bestand, die Anträge einzusehen. Sie unterstreicht, dass die Verwaltung mit großer Sach- und Fachkenntnis arbeitet.

Auch Frau Dr. Kappert- Gonther unterstreicht die Entscheidung, dass Setzungen nicht mehr politisch, sondern fachlich in Form eines Juryverfahrens vergeben werden. Daher ist es wichtig, Fachjurys auch auf andere Sparten auszuweiten. Die Aufgabe der Verwaltung sollte dabei der übergeordnete Blick auf die kulturelle Entwicklung der Stadt sein.

Herr Rohmeyer erinnert an die Verabredung, dass es ein Treffen der Sprecherinnen und Sprecher geben wird, auf dem das Verfahren vorbesprochen wird. Hierzu wird es gegebenenfalls eine Vorlage geben, die in der Deputation besprochen werden kann.

Frau Staatsrätin Emigholz unterstreicht, dass eine Einsetzung von Jurys wichtig sei. Sie legt nah, den 8. September 2016 zum Anlass zu nehmen, mit den beteiligten Akteuren zu reden und gemeinsam zu einem Vorschlag zu kommen.

Frau Staatsrätin Emigholz weist ausdrücklich darauf hin, dass der Eindruck, für die Freie Szene würde nichts getan, schlichtweg falsch ist. Sie betont, dass in Bremen für eine Festförderung von Bereichen, die sich aus der freien Szene entwickelt haben, 6,9 Millionen

Euro verwendet werden. Jetzt wird zudem versucht, Instrumente zu schaffen, die der tatsächlich Freien Szene helfen.

**e. Aktuelles aus der Kulturszene**

Frau Strunge bittet die anwesenden Verbände, die Information an die Kulturszene weiterzuleiten, dass unter dem Punkt „Aktuelles aus der Kulturszene“ die Möglichkeit besteht, ein Statement zur aktuellen Lage abzugeben.

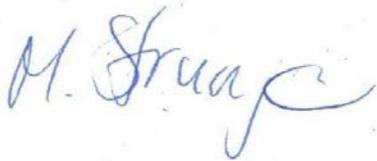
Herr Drechsel erbittet zum Thema Weserburg einen Sachstandsbericht und die Nachlieferung des Konzeptes.

Frau Staatsrätin Emigholz informiert über den sich abzeichnenden radikalen Positionswechsel im Stiftungsrat. Sie verweist darauf, dass die Eingriffsmöglichkeiten der Verwaltung begrenzt sind. Es wird jedoch einen Sachstandsbericht für die kommende Deputation vorbereitet.

Des Weiteren möchte Herr Drechsel wissen, ob es beim Amt für Denkmalschutz verfügbares Budget für die Teilsanierung der Horner Mühle gibt.

Frau Staatsrätin Emigholz kündigt an, dass Herrn Drechsel die Informationen nachrichtlich geliefert werden.

Es liegen keine Wortmeldungen vor. Frau Strunge beendet damit die Sitzung der städtischen Deputation für Kultur.



---

Sprecherin



---

Protokollführerin